

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig und der Stadträte zu Großitz und Zwenkau behördlich bestimmte Blatt, außerdem enthält die Leipziger Volkszeitung die amtlichen Bekanntmachungen der Städte Markranstädt, Pögnitz und Taucha

Bezugpreis mit Illustr., Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschl. Bringerlohn 2.—, für Selbstabholer 1.90 M. — Durch die Post bezogen 2.— M. ohne Beleggeld. Telefon Sammelnummer 72208. **Postfachkonto:** Leipziger Buchdruckerei H. G., Leipzig Nr. 534 77

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72208. — **Verlag in Leipzig,**
Tauchaer Straße 19/21 — Telefon 72208

Inseratenpreise: Die 10gepalt. Kolonelle 35 Pfg., bei Platzvorschrift 40 Pfg. Familienanzeigen von Privaten mit 50% Nachl. Stellenangebote 10gepalt. Kolonelle 25 Pfg. Reklamezeile 2 M. Inserate von auswärtig: die 10gepalt. Kolonelle 40 Pfg., bei Platzvorschrift 50 Pfg., Reklamezeile 2.25 M.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. — Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Lob des Völkerbundes

Die Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich — Keine Verschiebung der Abrüstungskonferenz

Große Rede Briands

SPD Genf, 11. September.

Die vor einem überfüllten Saal gehaltene Rede Briands brachte in der heutigen Morgen Sitzung der Völkerbundesversammlung in allem die Antwort auf Lord Cecil's dringende Fragen. Deutschland und Frankreich würden in Berlin erst über Tatsachen der Verständigung sprechen und eine wirklich fühlbare Herabsetzung aller Rüstungen sei sofort möglich, wenn die Abrüstungskonferenz als Voraussetzung dafür die Garantie der gegenseitigen Hilfe gegen den Angreifer beschließt.

Damit ist eine ganz neue These für die Abrüstungskonferenz gestellt, die bisher nur für die rein technische Rüstungsbeschränkung zuständig sein sollte.

Briand, mit mehrfach sich erneuerndem Beifall begrüßt, stellte allerdings fest, er sei glücklich, trotz zeitweiliger Befürchtungen hier zu stehen. Die Versammlung sei nicht unter günstigen Vorzeichen zusammengetreten. Die unglücklichen Gerüchte seien nur möglich, da der Völkerbund mächtig geworden sei und daher niemand mehr einen offenen Angriff wage. Der Völkerbund wie die Völker selbst hätten zeitweilig Tiefen zu durchleben. Die unglückliche Stunde des Völkerbundes sei einer der letzten Ausläufer des Krieges. Nach ihm seien die Völker von einer Manie nach Produktion nur nach eigenem Ermessen ergriffen worden. Jetzt räche sich das in einem anarchischen Zustand und jetzt suche man nach Mitteln zur Heilung.

Briand wies dann an Hand der Tätigkeitsberichte die umfangreiche Arbeit des Völkerbundes nach, in denen überall der Geist Genfs zu spüren sei. Alle Probleme interessierten alle Völker der Welt. Der moralische Einfluss des Völkerbundes zeigte sich auch in den Beziehungen und in der Annäherung zwischen Deutschland und Frankreich, die nur durch die Hilfe des Völkerbundes möglich gewesen sei. Er bezuge, daß England nie aufgehört habe, diesen Versuchen seine Hilfe zu leisten und sie durch seine Unterschrift zu unterstreichen. Deshalb protestiere er mit Lord Cecil gegen die Verleumdung Englands, es habe die Annäherung verhindern wollen. In beiden Ländern hätten sich die Männer der Verständigung zwischen den Stößen der Gegner befunden. Das sei bei dem schlechten Wetter für ihn eine Art gewohnter Rheumatismus gewesen. Die führenden Männer Frankreichs werden am Ende dieser Versammlung nach Berlin gehen und unter den

Augen des deutschen Volkes selbst mit den deutschen Führern sprechen, und dabei handelt es sich nicht nur um eine Geste, sondern um eine Aussprache, die zu Taten führen soll, wenn mir das Glück dieses gemeinsamen Erfolges beschieden ist. Die Ereignisse haben uns das moralische Recht gegeben zu diesen Zusammenkünften, die der Tätigkeit des Völkerbundes nur weitere Stützen sind. Bestimmte wirtschaftliche Fortschritte würden durch bereits erreichte Phasen der politischen Beruhigung erreicht.

Briand wandte sich dann der Abrüstungskonferenz zu. Frankreich denke nicht an ihre Verschiebung (Beifall), es widersehe sich direkt jedem Versuche dazu, hier ist eine heilige Verpflichtung, und wenn der Völkerbund sie nicht erfüllt, hätte er in einer seiner wichtigsten Aufgaben Schiffbruch gelitten. Der Geist der Völker sei nicht mehr auf Rüstung gerichtet. Wieder stelle er die bereits geforderte Verminderung der französischen Dienstleistungen auf. Der Termin sei gegeben, ihn nicht zu halten, ein Bankrott. Hinter dem noch nicht vollendeten Bild des Völkerbundes zeichne sich die Umrisse des endgültigen Bildes, ab, das seine Gründer wollten. Die Ersetzung der Gewalt durch den Frieden geschah weiter Schritt für Schritt. Die Geschichte des letzten Krieges hat den Völkern die Lehre zum Frieden eheingehämmert. Sie wollen im Frieden arbeiten. Auch er selbst werde Vorschläge für die Abrüstungskonferenz machen, von denen er hoffe, daß sie einen vollen Erfolg haben. Frankreich habe sich das Recht der Verteidigung seiner Unabhängigkeit gewahrt, aber sich dem Haager Gerichtshof angeschlossen. Das sei im Interesse der Sicherheit. Er selbst habe alles getan, um die Garantie der Sicherheit zu erhöhen.

Trotz allem; der Krieg sei verdammt als Verbrechen gegen die Menschheit, aber es bleiben die Fälle, in denen der Krieg doch eintreten könne. Der Völkerbund habe versucht, dieses furchtbare Fragezeichen durch ein menschliches System zu beseitigen. Wenn daraus das große Abkommen der gegenseitigen allgemeinen Unterstützung hervorgegangen wäre, so wäre die Aufgabe der Abrüstungskonferenz viel einfacher. Leider geschah das nicht. Wenn die Völker am 2. Februar verammelt sind, ist das eine historische und entscheidende Stunde. Es genüge, daß sie das große zusätzliche Wort der gegenseitigen Unterstützung aussprechen, daß der Krieg in seinem Falle auch eintreten könne, und wenn die Völker die Gründe haben, dieses ernste Wort auszusprechen, dann könnten die Völker inkorporieren und ihre Rüstungen weitgehend herabsetzen. Denn dann sei die feierliche und ausreichende Möglichkeit zu dieser Garantie des Menschheitsfriedens gegeben. (Leb. Beifall.)

Nach einem Jahre

Rückblick auf den 14. September 1930

„Ein Sieg einer nationalistischen Diktatur in Deutschland würde die Demokratie in ganz Europa flüchtig des Rheins in größte Gefahr bringen. Sie würde den Frieden Europas schwer gefährden und alle Hoffnung auf ein Gelingen der Internationalen Abrüstungskonferenz begraben. Sie würde Europa einem neuen Krieg entgegenführen.“

Entschließung des Wiener Sozialistenkongresses.

Am 14. September 1931 jahren sich die verhängnisvollen Reichstagswahlen vom Jahre 1930 zum ersten Male. Die Wirtschaftskrise ist international über die Arbeiterklasse hereingebrochen. Vielleicht stehen wir an der tiefsten Sohle des Tales, das wir zu durchschreiten haben. Niemand kann das mit Bestimmtheit sagen, aber soviel steht fest, daß die deutsche Arbeiterklasse durch die internationale Wirtschaftskrise am allerschwersten betroffen worden ist. Das ist eine der verhängnisvollsten Auswirkungen, die die Wahlen vom 14. September 1930 gezeitigt haben.

Gewiß, die Wurzeln der Wirtschaftskrise sind nicht allein auf die Septemberwahlen zurückzuführen. Die Krise war schon vorher über die kapitalistische Wirtschaftsordnung hereingebrochen. Die Septemberwahlen aber haben die Auswirkungen der Krise in Deutschland so entsetzlich verschärft, daß heute in weitesten Kreisen, nicht nur der Arbeiterklasse, sondern auch in den Schichten des Mittelstandes, ja, bei den sonst unerschütterlichsten Verfechtern der kapitalistischen Wirtschaftsordnung tiefste Entmutigung eingetreten ist.

Durch die Außenpolitik des Kabinetts Müller-Stresemann, durch den auch damals bereits ermatteten Kurs der Verständigung mit Frankreich war es immerhin gelungen, eine vorzeitige Räumung der besetzten Gebiete herbeizuführen und eine Herabsetzung der Reparationslasten um rund 750 Millionen Mark für das Etatjahr 1930/31 zu erreichen. Niemand wird behaupten wollen, daß derartige Zugeständnisse von seiten Frankreichs und den anderen ehemaligen Gegnern Deutschlands hätten erreicht werden können, wenn die deutsche Außenpolitik so sinnlos das Porzellan zer schlagen hätte, wie das in der Ära Curtius insbesondere nach den Wahlen vom 14. September geschah. Die Reichstagswahlen hatten ohnedies das Vertrauen der anderen Staaten auf die Entwicklung in Deutschland außerordentlich geschwächt. Das Ergebnis davon war, daß binnen weniger Wochen mehr als eine Milliarden Mark in Deutschland investierter Kredite abgezogen worden sind. Das bedeutete einen weiteren Schritt zur Verschärfung der Wirtschaftskrise, die wiederum auf die Finanzgebarung des Reiches, der Länder und der Gemeinden von ungeheurer Auswirkung war. Alle die Sanierungsmassnahmen, die mit dem Artikel 48 durchgeführt worden sind, wurden binnen weniger Monate überholt durch das noch stärkere Fortschreiten der Wirtschaftskrise, so daß sich die Notverordnungen und die Indizes der Wirtschaftskrise gegenseitig den Rang abliefen.

Dazu kam die verbrecherische Politik, die von zahlreichen deutschen Großkapitalisten und Großkonzernen betrieben worden ist. Der belgische Genosse Hunsmans erklärte während des Wiener Kongresses einem Vertreter des Hamburger Echo mit vollem Recht: „Die deutschen Industriellen sind Spieler, die das ihnen zur Verfügung stehende Kapital in waghalsigen Spekulationen und Unternehmungen riskieren und oft verlieren.“ Das Kapital, das vom Auslande der deutschen Wirtschaft in kurz- und langfristigen Krediten zur Verfügung gestellt worden war, haben die Lahusen und Konsorten mit geradezu verbrecherischem Leichtsinne aufs Spiel gesetzt, wodurch die Wirtschafts- und Finanzkrise außerordentlich verschärft worden ist.

Mit dem Zusammenbruch der Nordwolle brach das Verhängnis über die deutsche Wirtschaft herein. Der Abzug ausländischer Kredite nahm katastrophale Formen an. Das Ergebnis waren die Zusammenbrüche der großen Banken, die die Hohlheit und die Lebensunfähigkeit der kapitalistischen Wirtschaft schlagend dokumentierten.

Neben dem wirtschaftlichen Zusammenbruch drohte die Gefahr, daß der gesamte politische Ueberbau der parlamentarischen Demokratie zusammenbrechen, daß die Riesenzusammenbrüche in der Wirtschaft als Wegbereiter der faschistischen Diktatur fungieren würden. Damit entstand die ungeheuerliche Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, die inmitten der

Fieberkurven der Politik

Die Schreckensstatistik des Radikalismus der Straße

Die Zahl der Opfer politischer Leidenschaften hat sich in den letzten Jahren bedenklich vermehrt. Die Ziffern darüber sind von größter Bedeutung. Amtliche Statistiken gibt es hierüber leider nicht. Deshalb mußte aus Zeitungen, Berichten, offiziellen Mitteilungen und Denkschriften das Material zusammengestellt und verglichen werden, um endlich einmal eine jener Fieberkurven der Innenpolitik zu erhalten, die ein lebendiges Bild vom zunehmenden Einfluß des Terrors in der Parteipolitik vermitteln. Selbstverständlich können das noch keine absoluten Zahlen sein.

Es ist sicher, daß die hier angegebenen Zahlen nur das Minimum dessen darstellen, was wirklich ist. Es genügt festzustellen, daß als Ergebnis solcher Gewaltpolitik seit dem 1. Januar 1923 bis zum 31. Juli 1931 zumindest insgesamt 457 Tote und 1154 lebensgefährlich Verletzte auf dem Schlachtfelde des politischen Meinungskampfes geblieben sind. Noch deutlicher werden die Dinge, wenn man die Zahlen zerlegt und die Opfer nach politischen Gruppierungen ordnet.

Welchen politischen Gruppen gehörten die Opfer des politischen Terrors an? Darüber berichtet die Statistik:

Jahr	Linksradikale		Rechtsradikale		Republikanische Organisationen		Staatsgewalt	
	Tote	Verletzte	Tote	Verletzte	Tote	Verletzte	Tote	Verletzte
1923	162	377	54	16	19	58	1	13
1924	15	29	1	7	1	3	1	—
1925	12	43	—	10	—	—	—	—
1926	9	25	2	3	2	1	1	1
1927	11	74	—	10	2	13	1	2
1928	6	27	—	11	2	6	—	2
1929	39	41	3	17	—	—	—	5
1930	44	58	2	80	2	17	2	15
1931	25	86	24	97	6	14	8	15
Zusammen	323	740	86	251	34	110	14	53

Bemerkenswert ist der unverhältnismäßig harte Anteil der Linksorganisations an der Zahl der Opfer. Die Urheber ihnen also in der Mehrzahl im Umkreise Adolf Hitlers.

An der Spitze steht das Rhein-Ruhrgebiet, ihm folgt Berlin, Wasserlande, Mitteldeutschland, Süddeutschland und Oberpfälzen. Die Frage nach der Urheberhaftigkeit dieser folgenschweren Zusammenstöße und Verbrechen liegt allein in der Politik der extremen Gruppen rechts und links. Bei den Organisationen der Nationalsozialisten, Stahlhelmleuten, Kommunisten und ihres Anhangs. Die Opfer der Nazi-Politik und die der Kommunisten überwiegen in jeder Darstellung.

Ausschlaggebend sind auch die Methoden dieses Terrorismus. Sie durchlaufen alle Stufen vom Raufhandel bis zum planmäßig organisierten Mord. Und das alles geschieht mit erschreckender Selbstverständlichkeit. Die Parteiführungen, aus deren Lagern die Täter oder Mörder stammen, bedenken flüchtigend diese Taten, oder versuchen in gewundenen politischen Erklärungen nur die intellektuelle Urheberhaftigkeit abzustreiten — ohne je das Regime im eigenen Lager zu ändern, dessen Ausfluß diese Wahnsinnstaten doch nur sind. In den extremen politischen Lagern herrscht eine wohlwollende Duldung politischer Mörder, ohne das bisher diesen Zuständen ein Ende gemacht werden konnte.

Das Nazi-Zentralorgan wieder verboten

Die Polizeidirektion München hat den Völkischen Beobachter ab sofort bis einschließlich 22. September verboten. Als Grund wird ein Artikel des Blattes in der Nummer vom 11. September angegeben, der sich unter der Überschrift „Kampf gegen den Bolschewismus in Bayern verboten“ mit dem Verbot einer Versammlung in Augsburg befaßt, in der General Epp sprechen sollte.